

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Stellenplan 2004

Der Regierungsrat hat den Stellenplan 2004 zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Der Stellenplan vermittelt die Übersicht über die bewilligten und besetzten Stellen der kantonalen Verwaltung, der Gerichte, Schulen und Anstalten per 1. Januar 2004. Insgesamt waren am Stichtag 2'630 bewilligte Stellen bzw. Pensen zu verzeichnen. Dies entspricht einer Abnahme von 23 Stellen bzw. Pensen gegenüber dem Vorjahr. Allerdings ist beim Vorjahresvergleich zu berücksichtigen, dass die rund 30 Pensen des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums Schaffhausen (RAV), welche vollumfänglich vom Bund finanziert werden, nicht mehr im Stellenplan enthalten sind.

Bildung einer zentralen Polizeistation in Neunkirch

Der Regierungsrat hat eine Zusammenführung der derzeitigen Posten Neunkirch und Beringen der Schaffhauser Polizei auf den 1. Oktober 2004 beschlossen. Auf diesen Zeitpunkt hin wird in Neunkirch eine zentrale Polizeistation Klettgau der Schaffhauser Polizei gebildet. Damit kann eine bessere und effizientere polizeiliche Versorgung des Klettgaus durch einen während den ordentlichen Arbeitszeiten dauernd geöffneten Polizeiposten realisiert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Personalbestand der Schaffhauser Polizei im Klettgau um eine Person auf sechs Polizeibeamte erhöht.

Es wurden für die Standortwahl verschiedene Varianten geprüft. Der Standort Neunkirch - mit Räumlichkeiten im Erdgeschoss der Gemeindeverwaltung - weist dabei deutlich am meisten Vorteile auf. Im Vordergrund standen die geografisch zentrale Lage, die vorhandenen, geeigneten Räumlichkeiten, die gute verkehrsmässige Erschliessung, die Bürgernähe und die umgehende Realisierbarkeit.

Mit der neuen Lösung kann die polizeiliche Versorgung der Bevölkerung im Klettgau effizienter ausgestaltet werden. Die erweiterte Polizeistation Neunkirch wird für die polizeiliche Versorgung des ganzen Klettgaus zuständig sein.

Ja zu neuer Exportrisikoversicherung

Der Regierungsrat begrüsst die Absicht des Bundesrates, die Exportrisikogarantie an die heutigen Erfordernisse und Gegebenheiten eines weltwirtschaftlichen Umfeldes anzupassen. Eine leistungsfähige Exportrisikoversicherung ist für eine starke und konkurrenzfähige Exportwirtschaft und den Werkplatz Schweiz von wesentlicher Bedeutung, wie die Regierung in ihrer Stellungnahme an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement festhält.

Der Regierungsrat unterstützt den Vorschlag, die Versicherungsdeckung auf Privatkunden auszudehnen, um den Schweizer Unternehmen gegenüber der ausländischen Konkurrenz gleich lange Spiesse in die Hand zu geben. Nur so werden für unsere Exportwirtschaft Rahmenbedingungen geschaffen, die es ihr ermöglichen, im veränderten wirtschaftlichen Umfeld konkurrenzfähig zu bleiben.

Nach Ansicht des Regierungsrates darf die Exportrisikoversicherung aber nicht zu einem Subventionssystem für die Unternehmen werden. Deshalb begrüsst die Regierung den Vorschlag, wonach zu den Grundsätzen der Geschäftspolitik der Unternehmen die Eigenwirtschaftlichkeit und die Subsidiarität gehören. Damit wird gewährleistet, dass von der Schweizerischen Exportrisikoversicherung nur dann Versicherungen abgeschlossen werden, wenn die Gesuche mit der formulierten Risikopolitik vereinbar sind und auf dem privaten Versicherungsmarkt kein zumutbares Angebot besteht. Schliesslich beurteilt der Regierungsrat auch die Neustrukturierung der Exportrisikoversicherung als öffentlich-rechtliche Anstalt positiv.

Amts jubiläen

Der Regierungsrat hat folgenden Lehrkräften, die im April 2004 das 40-jährige Amtsjubiläum begehen können, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen:

- Max Hangartner, Primarlehrer;
- Dieter Pfunder, Primarlehrer;
- Susanne Ruf, Kindergärtnerin.

Weiter hat der Regierungsrat folgenden Lehrkräften, die im April 2004 das 25-jährige Amtsjubiläum begehen können, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen:

- Urs Bollinger, Primarlehrer;
- Heinz Cotti, Primarlehrer;
- Daniel Hongler, Sekundarlehrer;
- Urs Kaderk, Reallehrer;
- Christian Müller, Sekundarlehrer;
- Katrin Sepan, Primarlehrerin;
- Nikolaus Sidler, Sekundarlehrer;
- Doris Stillhard Bürgin, Lehrerin für textiles Werken;
- Rainer Woschitz, Sekundarlehrer.

Schaffhausen, 30. März 2004
bis und mit Nr. 12/2004
11/2004

Staatskanzlei Schaffhausen